



Für die Menschen im Land und für eine gerechte Gesellschaft.

Die AWO engagiert sich mit ihrer nunmehr knapp 103-jährigen Geschichte vielfältig in der Sozialen Arbeit, ist immer wieder sozialer Motor und hält zuverlässige soziale Dienstleistungen vor.

Momentan erfährt das Land durch die Auswirkungen der Coronapandemie, wie wichtig ein gut ausgebauter Sozialstaat ist – aber auch, welche Folgen Ungerechtigkeiten, überfällige Reformen und praxisferne Gesetze haben können. So sieht die AWO gerade mit und nach der Pandemie dringenden Handlungsbedarf für den Schutz von Mädchen und Frauen vor häuslicher Gewalt, bei dem Thema Armutsbekämpfung und dem Ausbau der Bildungschancen.

Um die Zukunft sozialer zu gestalten, muss die künftige Landesregierung schnell und entschlossen handeln: Es gilt, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, Mut für innovative Ideen aufzubringen und eine offene Haltung zu Themen der sozialen Gerechtigkeit an den Tag zu legen. Eine aktive und zukunftsorientierte Politik kann in einem Land wie Schleswig-Holstein viel bewegen. Von der künftigen Landesregierung erwartet die AWO Schleswig-Holstein ein klares Bekenntnis zur Lösung der drängendsten Herausforderungen.

Unsere Forderungen bilden daher keine vollständige Agenda ab, sondern zeigen vordringliche Handlungsfelder auf. Vorne an steht die Frage nach einer Strategie zur Bewältigung des Fachkräftemangels in allen Feldern der Sozialen Arbeit und der Pflege sowie einer Strategie für die Stärkung der Anerkennung Sozialer Arbeit.





Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Chancengleichheit, aber auch körperliche Unversehrtheit und zukunftsträchtige Perspektiven gehören für uns zu den Grundpfeilern einer inklusiven und toleranten Gesellschaft.

Zu den Umsetzungsdefiziten, die dringlich behoben werden müssen, fordern wir konkrete Anstrengungen der künftigen Landesregierung zu folgenden Themen:

- Die Hervorhebung des Wertes unseres demokratischen Systems.
- Die konsequente Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie die Sicherstellung der Finanzierung und den Ausbau von Frauenhäusern.
- Ein entschiedener Einsatz gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit jeder Art sowie die deutliche Positionierung gegen Rechtsruck und Demokratiefeindlichkeit.
- Die Herstellung verbindlicher Entgeltgleichheit.
- Den Abbau geschlechterbezogener Stereotypen in bestimmten Berufsgruppen.
- Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Die Erhöhung der Quote von Frauen in Führungspositionen und die paritätische Besetzung von Gremien.
- Die verschärfte Bekämpfung der Kinderarmut mittels einer Kindergrundsicherung.
- Die Verankerung des Kinderschutzes im Grundgesetz.
- Die Aufnahme des Rechts auf Wohnen in die Landesverfassung sowie konsequente Beseitigung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum.
- Den Ausbau der Migrationsberatung als Regelangebot für Zuwandernde.
- Die Erleichterung des Einstiegs in die Soziale Arbeit und Reformierung der Ausbildung.







#WaehlenWeillchEsKann

www.awo-sh.de/landtagswahl







Inklusion

Gleichheit und Solidarität gehören für die Arbeiterwohlfahrt zu den nicht verhandelbaren Grundwerten im demokratischen Miteinander. Die Unterstützung derer, die Hilfe benötigen, liegt insbesondere in der Verantwortung des Staates und gehört zur sozialen Daseinsvorsorge.



Daher erwartet die AWO:

- Die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK).
- Die Förderung digitaler Teilhabe auch für sozial benachteiligte Menschen.
- Soziale Innovation durch Digitalisierung der Sozialen Arbeit.
- Die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen.
- Die Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen.

Pflege

Die Sicherstellung einer guten Pflege ist eine der wichtigsten Aufgaben einer älter werdenden Gesellschaft. Dazu gehört eine bedarfsgerechte Pflegeversorgung, mehr Unterstützung und Anerkennung für pflegende Angehörige und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Pflegebereich. Nach wie vor bestehen jedoch erhebliche Defizite in der pflegerischen Versorgung wie auch in der strukturellen Ausgestaltung der Pflegeversicherung.



Daher fordert die AWO:

- · Den dringenden Ausbau der ambulanten Versorgung.
- Die volle Übernahme der Pflegekosten, denn Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko darstellen.
- Die nachhaltige Sicherstellung der Finanzierung von Pflegeleistungen.
- Den Ausbau der unabhängigen Pflegeberatung.
- Die Verringerung bzw. Verhinderung von Pflegebedürftigkeit durch präventive Angebote, Gesundheitsförderung und Rehabilitation.

- Die Gewährleistung selbstbestimmter und hochwertiger Pflege in allen Bereichen.
- Die bessere Versorgung von Menschen mit Demenz.
- · Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige.
- Faire Entlohnung und attraktive Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal.
- · Das Vorantreiben der Digitalisierung in der Pflege.
- Die Verankerung der Pflege als zentralen Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge.
- Einführung einer Bürger*innenversicherung, um die Gesundheitskosten auf allen Schultern zu verteilen.
- Die Verhinderung von Spekulationen mit Pflegeeinrichtungen: Daseinsvorsorge darf kein Investitionsobjekt sein.

Kinder, Jugend und Familie



Mit mehr als 65 Einrichtungen in der Jugend- und Familienhilfe und über 100 Kitas der AWO in Schleswig-Holstein sind wir eine verlässliche und innovative Partnerin der Landesregierung. Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege sind wir zugleich engagierte Anwältin vieler Menschen, die kaum eine Lobby haben.

Um die drängendsten Fragen anzugehen, erwarten wir von der künftigen Schleswig-Holsteinischen Landesregierung:

- Die Stärkung der Pflegefamilien sowie die Einrichtung eines runden Tisches zur Entwicklung und Förderung des Pflegekinderwesens.
- Ein klares Bekenntnis zur Verbesserung der Qualität in Kitas sowie in der Jugendhilfe.
- Die ausreichende Finanzierung und einen Landesrahmenvertrag für die stationäre Kinder- und Jugendhilfe sowie für schulbegleitende Assistenzleistungen.
- Mehr Fachkräfte in Kitas und in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.
- Die Kita-Demokratieförderung soll genauso im Fokus stehen wie auch die Gebührenfreiheit in Kitas und die Verkleinerung der Kita-Gruppengrößen.

6















Am 8. Mai 2022 wählen die Schleswig-Holsteiner*innen einen neuen Landtag.

Auf die künftige Regierung warten große Herausforderungen, die die Menschen im Land bewegen. Der AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V. positioniert sich vor der Landtagswahl klar und rückt zwei Themen von herausgehobener Bedeutung in den Mittelpunkt seiner sozialpolitischen Aktivitäten: Das Ansehen und die Aufwertung des Ehrenamts und den Einsatz für bezahlbaren und vielfältigen Wohnraum.



Unter dem Slogan "Ohne Ehrenamt fehlt uns was – #MehrWertEhrenamt" macht sich die AWO für mehr Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit stark: Weg von der Anstecknadel, hin zu Wertschätzung mit Gewicht.

Ehrenamt

Hunderttausende Schleswig-Holsteiner*innen engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich für andere Menschen. Das Ehrenamt ist vielfältig und für alle offen, es verbindet Menschen, überwindet Grenzen und bietet sinnvolle Tätigkeiten für die Gemeinschaft. Dennoch mangelt es vielerorts an freiwilligen Funktionären, die die Strukturen am Leben erhalten und viele Angebote durch ihren Einsatz überhaupt erst ermöglichen. Ohne die Vorstände, die Übungsleiter*innen und die vielen fleißigen Hände wären viele Angebote für die Gesellschaft nicht möglich. Deshalb macht sich die AWO für eine Aufwertung des Ehrenamtes stark – und nimmt die Politik in die Pflicht, ihren Teil beizutragen. In einer Welt, die von bürokratischen Hürden geprägt ist, reichen warme Worte und Urkunden nicht mehr aus. Die AWO Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass der Respekt nicht nur symbolisch zum Ausdruck gebracht wird. Ehrenamtlich engagierte Menschen verdienen mehr Anerkennung, etwa in Form eines erhöhten Freibetrages bei der Einkommenssteuer, durch Anrechnung von Rentenpunkten oder auch durch Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr.

Für mehr Wertschätzung der Leistungen des Ehrenamts fordern wir:

- Die Anrechnung von mehr Rentenpunkten für jedes Ehrenamtsjahr.
- Das Angebot von Bonusprogrammen durch Krankenkassen für Ehrenamtler*innen, etwa durch Beitragsermäßigungen und vergünstigte Zusatzleistungen.
- Eine längere Auszahlung von Arbeitslosengeld.
- Die Möglichkeit der kostengünstigen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.
- Das Angebot zur Ersparnis bei staatlichen Einrichtungen.
- Die vorrangige Behandlung bei Grundstückserwerb zur Eigennutzung über eine empfohlene Quotenregelung für die Kommunen.
- Einen erhöhten Anspruch auf Bildungsurlaub und Übernahme der Kosten.
- Einen erhöhten Freibetrag bei der Einkommenssteuer.









"Es bedarf einer sichtbaren Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen. Zum Beispiel durch die Anrechnung von Rentenpunkten."

Peter Stark AWO Ortsverein Eckernförde e. V.

HM oh dillost Chesses on

www.awo-sh.de/landtaeswa





"Ich wünsche mir mehr Respekt, Anerkennung und finanzielle Unterstützung fürs Ehrenamt."

Helga Poppe AWO Ortsverein Oldenburg e. V.

#MehrWertEhrenam

www.awo-sh.de/landtagswahl





"Der bürokratische Aufwand im Ehrenamt muss dringend reduziert werden. Die Arbeitszeit sollte den Menschen zugutekommen."

Karsten Wessels AWO Ortsverein Heide und Umgebung e. V.

#MohrWortShronom

www.awo-sh.de/landtagswal

Dass der Mangel an bezahlbarem und vielfältigem Wohnraum stetig zunimmt, ist zu einem unübersehbaren Problem geworden. Die AWO fordert schnelle, nachhaltige und pragmatische Lösungen für diese soziale Herausforderung.

Wohnraum

Was sich lange Zeit angekündigt hat, ist jetzt Realität: Bezahlbarer und vielfältiger Wohnraum ist ein knappes Gut in Schleswig-Holstein. Das betrifft den städtischen Bereich genauso wie den ländlichen Raum. Ob bezahlbare Wohnung in der richtigen Größe oder das Baugrundstück im Wunschort – viele Menschen im Land können nicht so wohnen, wie sie wollen oder wie es ihren Bedürfnissen entspricht. Die AWO Schleswig-Holstein setzt sich für eine Politik ein, die alle Menschen und ihre Perspektiven in den Blick nimmt. Neben finanziellen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt müssen jedoch weitere Aspekte bedacht werden, denn: Mit den richtigen planerischen Konzepten kann vielfältiger Wohnraum Einsamkeit vorbeugen, unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht werden und die Gemeinschaft im Quartier und darüber hinaus stärken. Wir setzen uns daher ausdrücklich für eine sozialverträgliche, vielseitige und nachhaltige Kraftanstrengung der Politik in Sachen Wohnen ein. Nur so können die Menschen im Land ohne existentielle Sorge gut leben.

Für bezahlbaren und vielfältigen Wohnraum fordern wir:

- · Die konsequente Umsetzung der Mietpreisbremse.
- Die Schaffung von heterogenen Wohnvierteln.
- Die Förderung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften.
- Die Unterbindung von Spekulationen mit Leerstand.
- Die Verankerung des Rechts auf Wohnen in der Landesverfassung.
- Den Bau von mehr Sozialwohnungen.
- Eine steuerliche Verbesserung für den Wohnungsbau.
- Die bessere Nutzung von Altbestand.
- Die Vermeidung von Leerstand durch Erbstreitigkeiten.
- Die Schaffung von Anreizen für Tausch zwischen Senioren und Familien.
- Die flächendeckende Ermöglichung des digitalen Bauantrags.







AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V. Sibeliusweg 4 24109 Kiel

Telefon: 0431 5114 132 E-Mail: verband@awo-sh.de

www.awo-sh.de



Stand März 2022.

© Titelfoto: Halfpoint/Adobe Stock

© Icons: flaticon.com